

Paul Renz

Fraktionsvorsitzender
Elisabethenstr. 7
79618 Rheinfelden(Baden)
Tel. 07623 50723
e-mail: paul-renz@t-online.de

26. September 2019

Sehr geehrte Frau Landrätin,

die CDU-Fraktion begrüßt den Vorstoß der Grünen und der SPD-Fraktion, die Klimaschutzaktivitäten des Landkreises weiter in den Vordergrund zu rücken und unterstützt inhaltlich die vorgeschlagenen Ziele. Den Antrag, für den Landkreis den Klimanotstand auszurufen, lehnt die CDU ab.

„Keine Symbolpolitik“ – gemeinsam handeln

Auch bisher waren alle klimaschutzrelevanten Entscheidungen des Kreistags gemeinsam verantwortet. So war die Beteiligung am European Energy Award stets von der Überzeugung getragen, alle Potenziale einer kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik heben zu müssen. Dies hat auch den Niederschlag gefunden in den strategischen Zielen des Kreistags und dem einstimmig verabschiedeten Integrierten Energie- und Klimaschutzpolitik.

Die Ausrufung des Klimanotstandes wäre schon begrifflich eine ungenaue Übersetzung von „Climate Emergency“. Ein solcher Ruf nach staatlicher Hilfe verstellt die eigenen Handlungsoptionen und bleibt inhaltlich zu vage. Diese Auffassung vertritt bekanntlich sowohl der grüne Umweltminister Franz Untersteller als auch der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Mannheim in seiner Funktion als Präsident des Städtetags Baden-Württemberg. ¹ Andere verbuchen den Begriff unter politischer Lyrik.

Auch die CDU sieht die Notwendigkeit, schneller und effektiver zu agieren. Denn die klimatischen Verhältnisse verändern sich gravierend. Dies zwingt die Politik auf allen Ebenen zum Handeln. Wenn der Kreistag richtigerweise ehrgeizigere Ziele formulieren will, auch um damit eine Antwort auf die Forderungen der Fridays-for-Future-Bewegung zu geben, sollten wir auch hier gemeinsam starke und konkrete Handlungsziele formulieren und angehen. Dabei ist weitgehend anerkannt, dass der Verkehrssektor und der Gebäudesektor deutlich hinter den international vereinbarten Einsparzielen zurückbleiben, ja sogar stagnieren und zugleich Verkehrswende und Wärmewende in Bezug auf Klimaschutz und Ressourcenschonung die größten Potenziale haben.

Die CDU will keine Symbolpolitik betreiben. Wir sind der Überzeugung, dass wirksame Klimaschutzaktivitäten bisher deshalb oft unterbleiben, weil sie nicht an der konkreten Lebenswelt der Menschen ansetzen und keine wirksamen Anreize gesetzt wurden. Die CDU Deutschlands hat dies erkannt und im Bundesvorstand am 16.9.2019 einstimmig das Positionspapier *Klimaeffizientes*

¹ Siehe u.a. Heilbronner Stimme vom 9.9.2019

Deutschland – Mit Innovationen in die Zukunft verabschiedet. Dieses bezieht ausdrücklich auch die kommunale Ebene ein.²

Die CDU-Fraktion will dabei der Verwaltung nicht vorschreiben, wie sie die Klimaschutzaufgaben erledigt. Wir müssen uns jedoch als Kreispolitiker*innen durchaus der Mühe unterziehen, den Bürgerinnen und Bürgern konkret zu sagen, was wir wollen. Und dies sollten wir vorab innerhalb des Landkreises mit den Bürgermeister*innen abstimmen.

Weder die Quantifizierung und Verschärfung der CO₂-Minderungsziele, noch die Benennung der (hervorragenden) Instrumente zu ihrer Umsetzung erreichen die Lebenswelt der Menschen. Wollen wir sie hinter unseren kommunalen Zielen versammeln, müssen diese einfach und nachvollziehbar formuliert werden.

Die CDU-Fraktion hält deshalb eine Konkretisierung der Handlungsziele entlang der besten Wirkungspotenziale für erforderlich und beantragt ein Programm

Klimaeffizienter Landkreis – gemeinsam mehr erreichen

Die Aktivitäten des Landkreises bedürfen vor allem in zweierlei Richtung der Vertiefung und Konkretisierung.

Die von den beiden Fraktionen vorgeschlagenen Maßnahmen richten sich vorrangig an den Landkreis und seine Handlungsoptionen in eigener Zuständigkeit im Bereich der Mobilität und als Gebäudeeigentümer. Hier bedarf es der Fortschreibung und Intensivierung der bisherigen Aktivitäten (1.)

Darüber hinaus muss der Landkreis sein Potenzial zum gemeinsamem Handeln mit allen Kreiskommunen im Klimaschutz konsequenter nutzen (2.)

Dies geschieht bereits vorbildlich durch die Umsetzung der Breitbandstrategie. Kleinere Kommunen haben oft nicht das Fachpersonal, die Ressourcen und den konkreten Handlungsdruck, um selbst allein aktiv zu werden. Gerade im Klimaschutz überzeugt es die Menschen auch, wenn gemeindeübergreifend gehandelt wird, weil nur so die Wirkung verstärkt wird. Anders als bei der Breitbandstrategie bedarf es hierzu keiner neuen Strukturen, da die Energieagentur hierfür die richtigen Instrumente anbietet.

1. Ziele und bisherige Aktivitäten des Landkreises

Schon bisher hat der Kreistag auf Vorschlag der Verwaltung umfassende strategische Handlungs- und Wirkungsziele für den Bereich Umwelt, Energie- und Klimaschutz beschlossen und es sich zum Ziel gesetzt, den Landkreis als Vorreiter der Energiewende zu positionieren.

Dabei formuliert das PG 56.10 weiter für 2019 das Ziel, im Jahr 2050 die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 2012 um 74% zu verringern. Der grün-rote Antrag setzt sich mit dieser Zielsetzung nicht auseinander, sondern setzt auf dem Basisjahr 1990 auf. Dies zeigt die grundsätzliche Problematik solch allgemeiner Zielsetzungen. Sie sind zu begrüßen, außer für wenige Experten jedoch nicht alltagstauglich nachzuvollziehen und eignen sich deshalb kaum als Handlungsleitfaden. Sie müssen in konkrete Handlungsziele umgewandelt werden.

European Energy Award

Der EEA eignet sich besonders gut, konkrete Handlungsziele in den Audits zu formulieren und in ihrer Wirkung zu bewerten.

² https://www.cdu.de/system/tdf/media/2019_9_16_beschlussvorlage_klimaschutz_cdu_0.pdf?file=1

Die CDU-Fraktion unterstützt deswegen ausdrücklich die diesbezügliche Anregung der Grünen und der SPD.

Der EEA bietet sich auch künftig als konzeptioneller Ansatz für eine Verstärkung der eigenen Klimaschutzaktivitäten des Landkreises. Die CDU-Fraktion konkretisiert deshalb den diesbezüglichen Antrag und beantragt eine vorgezogene und inhaltlich konsequente Vorbereitung der nächsten Stufe mit einem Sachstandsbericht im Kreistag. Wir wollen wissen, in welchen Bereichen wir besser werden können und in welchen dieser Bereiche wir am schnellsten große Einsparpotenziale erzielen können. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf der Überprüfung der Ziele in der Verkehrspolitik liegen, wo der Landkreis bekanntlich über eigene Zuständigkeiten verfügt, aber auch in der Vergangenheit ehrgeizige Ziele verfolgt hat.

Leitstern Energieeffizienz

Ein Erkenntnisquelle für die notwendigen Maßnahmen im Klimaschutz bietet zudem der in der Öffentlichkeit weithin unbekannt Landeswettbewerb [Leitstern Energieeffizienz](#).³

Der Wettbewerb umfasst die Bereiche Wärme, Strom und Verkehr. In allen drei Bereichen analysiert das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) die jeweiligen Effizienzaktivitäten der Kreise. Gleichzeitig werden die bislang erzielten messbaren Erfolge im Bereich der Energieeffizienz erfasst, das heißt neben Daten der Stadt- und Landkreise als Verwaltungseinheit werden auch Daten zu Unternehmen sowie privaten Haushalten ausgewertet.

Positiv ist, dass der Landkreis sich 2016 beteiligt hat. Nicht zufriedenstellend ist das Ergebnis gewesen, hat aber zur Erarbeitung des 2018 beschlossenen Klimaschutzkonzeptes geführt, also seine Anreizwirkung entfaltet.

Die Ergebnisse sind als Grundlage auch für die Weiterführung des EEA zu nutzen.

Die CDU-Fraktion bittet

- 1. um einen Sachstandsbericht im Umweltausschuss über die bisherigen Fortschritte in der Energieeffizienz auf der Basis der Ergebnisse von 2016,**
- 2. um Vorschläge zur Weiterentwicklung des EEA in Richtung Gold-Zertifizierung unter Berücksichtigung der Leitstern-Ergebnisse und**
- 3. um einen Zeitplan, wie aus diesen Ansätzen und Zielen das Energie- und Klimaschutzkonzept in 2010 fortentwickelt werden kann.**
- 4. Bereitstellung der erforderlichen Finanzierungsmittel im Haushalt 2020**

2. Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden

Der Landkreis verfügt im Bereich der Mobilität über eigene Zuständigkeiten und einen nicht zu vernachlässigenden Fuhrpark. Die vorgenannten Instrumente zielen vorrangig auf diese Handlungsoptionen. Der grün-rote Antrag geht nicht näher darauf ein, dass die Städte und Gemeinden des Landkreises zum Teil über weitergehende, mindestens aber ergänzende Kompetenzen verfügen.

Der genannte Beschluss der Bundes-CDU weist den Kommunen eine wichtige Rolle beim Klimaschutz insbesondere auch im Gebäudebereich zu, indem u.a. kommunale Wärmeleitpläne aufgestellt, quartiersbezogene Wärmekonzepte entwickelt und die Solarthermie weiter ausgebaut werden sollen. Dabei sollen die Energieagenturen unterstützt und konkrete Anreize für klimaschonende Maßnahmen gesetzt werden.

³ <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/energie/informieren-beraten-foerdern/leitsternenergieeffizienz/wettbewerb-2016/>

Das Land Baden-Württemberg hat schon bisher in Ergänzung zur Bundesförderung eine Vielzahl von Förderprogrammen aufgelegt, die jedoch nur ungenügend in Anspruch genommen wurden. Dies ist als Indikator dafür zu werten, dass im kommunalen Bereich noch große CO₂-Einsparpotenziale schlummern.

Unser Klimaschutzkonzept weist auf Seite 37 für den privaten Gebäudesektor ein Einsparpotenzial von 36 % aus und für den Landkreis selbst gegen 70 %. Hier zeigen sich erste Ansätze für effektives Handlungspotenzial für den Landkreis gemeinsam mit seinen Kommunen. Auch der Statusbericht der Klimaschutz- und Energieagentur des Landes (KEA) gibt Auskunft über die Inanspruchnahme der Förderprogramme und damit Aufschluss über die Durchdringung der Angebote. Er weist für alle Landkreise in BW nach, wie viele Kommunen in den jeweiligen Landkreisen die einzelnen Förderprogramme in Anspruch genommen haben und wieviel Einwohner davon profitieren. ⁴

Bisher sind es nur wenige Kommunen im Landkreis, die sich in der Breite einbringen. Einwohnerbezogen ist die Situation im Landkreis dabei naturgemäß deutlich besser als nach Anzahl der beteiligten Kommunen. Sowohl die Teilnahme am EEA ist mit beachtlichem finanziellen und verwaltungstechnischen Aufwand verbunden als auch die Erstellung von Klimaschutzkonzepten jedweder Art. Auf der anderen Seite macht die Klimakrise nicht an Stadtgrenzen halt. Um eine flächendeckende Wirkung zu erzielen, muss flächendeckend gehandelt werden. Unsere Energieagentur bietet die richtigen Strukturen, möglichst alle Städte und Gemeinden zu einer konzertierten Aktion zu bewegen. Sie kann Hilfestellung geben für gemeinsame Antragstellung und kooperative Klimaschutzkonzepte.

Ein sehr konkreter Anfang sollte bei der Wärmeplanung gemacht werden. Das Land Baden-Württemberg wird bekanntlich mit seinem neuen Klimaschutzgesetz alle Stadtkreise und Großen Kreisstädte verpflichten, eine Wärmeplanung durchzuführen, und wird die hierfür entstehenden Kosten erstatten.

Den Stadtquartieren soll künftig eine besondere Rolle zukommen, als eine städtebauliche Klammer, um konkrete Maßnahmen am Gebäude umzusetzen, Eigentümer anzusprechen und zu beraten und ggf. quartiersweite Wärmekonzepte zu initiieren. Dies ist nicht auf die größeren Städte beschränkt. Dies zeigt schon der Erfolg der „Bioenergiedörfer“ auch im Landkreis. Es geht darum, pragmatisch die Potenziale aufzudecken für eine Verbesserung einer eigenständigen Wärmeversorgung und Grundlagen zu legen für entsprechende Investitionen, die ihrerseits zuschussfähig sind. Die Quartiersbetrachtung kann vor allem als Rahmen dafür dienen, sich den Gebäudebestand näher anzuschauen, zu kartieren und weitergehende Maßnahmen im Bereich der Energieberatung und Sanierungsmaßnahmen am Einzelgebäude zu entwickeln und damit eine Grundlage zu schaffen, dass die Privateigentümer Sanierungsmaßnahmen ergreifen. Dort fehlt es oft schon am Wissen über die Möglichkeiten auch einer Bezuschussung. Bei kleinere Kommunen kann es sogar sinnvoll sein, mehrere Kommunen einer Raumschaft für eine Wärmeplanung zusammenzufassen. Auch wenn das Umweltministerium erwägt, die Planungen in kleineren Kommunen auf Grund der bestehenden Zuschussrichtlinien fortzusetzen und damit 70% der Kosten abzudecken, reicht das nicht aus.

Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung,

1. Möglichkeiten einer verbesserten Förderung für eine (nahezu) flächendeckende Wärmeplanung auszuloten und einen entsprechenden Antrag an das Umweltministerium Baden-Württemberg zu stellen und

⁴ http://www.status-kommunaler-klimaschutzbw.de/fileadmin/user_upload/skk_bw/Statusbericht_kommunaler_Klimaschutz_2018-08.pdf

2. auf dieser Basis mit den nicht selbst wärmeplanungspflichtigen Kommunen über eine Beteiligung an der kooperativen Planung zu verhandeln.

Der Landkreis käme dadurch in eine Vorreiterrolle.

Auch für die spätere Umsetzung sollten sinnvolle Kooperationen mit einem Bonus in den bestehenden Zuschussprogrammen bedacht werden.

Der Vorteil dieser kooperativen Wärmeplanung durch die Energieagentur liegt überdies darin, dass die Kommunen untereinander interessante Konzepte und Ideen austauschen.

So lässt sich die in Lörrach bereits vor über 10 Jahren von der Firma ratio energie GmbH verwirklichte Konzeption einer modernen Nahwärmeversorgung auch auf andere Städte und Gemeinden übertragen. Die Abwärmenutzung von großen Firmen wie Evonik in Rheinfelden im städtischen Umfeld ist unter geeigneten Bedingungen auch für unsere starken Unternehmen im ländlichen Raum umsetzbar. Die Biomassenutzung in den Bioenergiedörfern, wie sie beispielsweise in Hägelberg durch eine Bürgergenossenschaft aufgebaut wurde, ist auch von Dienstleistern umsetzbar, wenn hierfür die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert werden. Überdies kann durch die sogenannte Sektorkopplung der beim Kraft-Wärme-Koppelung entstehenden Strom auch für den Betrieb von e-Autos genutzt werden. Dies entlastet die Stromnetze und dürfte nach den neuesten Beschlüssen auch steuerlich interessanter werden. Auch die Pilotanlage der Energiedienst AG in Grenzach-Wyhlen zur Gewinnung von Wasserstoff ist in diese Konzepte einzubinden.

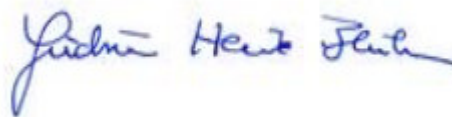
Der Gebäudesektor ist wie kein anderer auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. In der Vergangenheit war es nicht immer einfach, hierfür Begeisterung zu wecken. Angesichts der derzeitigen sehr ehrgeizigen Klimadebatte sollte es möglich sein, gerade dieses Potenzial als Hebel zu nutzen, einer Vielzahl von Bewohnerinnen und Bewohnern des Landkreises eigene Handlungsoptionen zu bieten.

Eine Anerkennung des Landkreises Lörrach als Pilotlandkreis würde es ermöglichen, die hier gewonnenen Erkenntnisse auch für die Erarbeitung von Förderprogrammen und für die vorgesehene Änderung der Klimaschutzgesetzgebung zu nutzen.

Grüne und SPD stellen richtigerweise fest, dass der Weg zum klimaneutralen Landkreis eine historische Herausforderung darstellt. Die CDU-Fraktion zeigt Wege auf, diese ganz konkret und zeitnah anzugehen.



Paul Renz
Fraktionsvorsitzender



Gudrun Heute-Bluhm
Umweltpolitische Sprecherin